

Internationales Institut
Liberaler Politik Wien



Sozialwissenschaftliche
Schriftenreihe

Nuklearwaffenfreie Zone Nahost?

Heinz Gärtner
Gudrun Harrer
Erich Reiter

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe
Reihe Studien

Wien, März 2011

Board internationaler Konsulenten

Prof. Dr. Hüseyin Bağcı, Middle East Technical University, Ankara
Prof. Dr. Lothar Höbelt, Universität Wien
Dr. Gottlieb F. Hoepfli, Chefredaktor, St. Gallen
Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Heimo Hofmeister, Universität Heidelberg
Prof. Dr. Bo Hultdt, National Defence College Försvarshögskolan (HS), Schweden
Dir. Andreas Kirschhofer-Bozenhardt, Linz
Prof. Dr. Stefan Pickl, Universität der Bundeswehr München
Prof. Dr. Peter Schmidt, Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin, Universität Mannheim und
Universität Heidelberg
Dr. Urs Schöttli, Korrespondent, Tokio - Hongkong
Prof. Dr. Peter W. Schulze, Universität Göttingen
Prof. Dr. Andrei V. Zagorski, MGIMO, Moskauer staatliches Institut für internationale
Beziehungen

Impressum

Eigentümer und Verleger: Internationales Institut für Liberale Politik Wien
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Sektionschef Hon.-Prof. DDr. Erich Reiter
Alle: A-1030 Wien, Custozzagasse 8/2a
Wien, März 2011
Gesamtherstellung: IILP
ISBN 978-3-902595-47-8

Gefördert aus Mitteln der Republik Österreich
Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Die Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe wurde vom Institut für politische Grundlagenforschung
1983 gegründet und 1988 eingestellt.
Sie wird seit 2006 vom Internationalen Institut für Liberale Politik Wien weitergeführt.

Internationales Institut für Liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE

Nuklearwaffenfreie Zone Nahost?

INHALT

Die Autoren	2
Erich Reiter Einleitung: Wie realistisch ist die Errichtung einer nuklearwaffe freien Zone	3
Heinz Gärtner Nuklearwaffenfreie Zonen und Österreich	5
Gudrun Harrer Fata Morgana über Middle East Nuclear Weapon Free Zone?	11
<hr/>	
Bisher erschienen	16



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Die Autoren dieser Studie

Dr. Heinz Gärtner

* 1951 in Pisweg/Kärnten. Seit 1979 **Wiss. Mitarbeiter** am Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip); Promotion 1977, Habilitation 1990, seit 2001 Universitätsprofessor; Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

Dr. Gudrun Harrer

Arabistin und Islamwissenschaftlerin (Mag.) und Politikwissenschaftlerin (Dr.). Sie ist leitende Redakteurin der Tageszeitung *Der Standard*, deren außenpolitisches Ressort sie zuvor acht Jahre lang geleitet hat, und unterrichtet Moderne Arabische Geschichte an der Universität Wien und an der Diplomatischen Akademie Wien. 2006 verbrachte Gudrun Harrer als Sondergesandte der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft und Geschäftsträgerin der österreichischen Botschaft Bagdad ein halbes Jahr im Irak.

DDr. Erich Reiter

* 1944 in Fürstenfeld/Steiermark; Sektionschef i.R. des BM für Landesverteidigung, Honorarprofessor für internationale Wirtschafts- und Sozialbeziehungen an der Universität Graz. Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher im Bereich Internationale Politik/Sicherheitspolitik. Präsident des Internationalen Institut für Liberale Politik Wien.

Einleitung: Wie realistisch ist die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone?

Dass der Iran Atomwaffen herstellen will – und wird – gilt unter westlichen sicherheitspolitischen Analytikern als ausgemachte Sache. Offen ist lediglich, wann das sein wird, schon in 2 Jahren oder doch erst in 5-7 Jahren.

Der Iran besitzt mit den Typen Shahab 1, 2 und 3 bereits Kurz- und Mittelstreckenraketen und entwickelt die Fähigkeit, mit solchen Raketen auch atomare Gefechtsköpfe transportieren zu können.

Israel besitzt Atomwaffen. Das weiß man und man schätzt die Zahl auf ca. 200 Bomben und Gefechtsköpfe, die von Flugzeugen sowie von ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen transportiert werden können.

Da ist natürlich die Frage berechtigt, wie ernst es der Iran mit der Rhetorik seiner Politik wirklich meint, dass Israel zu vernichten sei. Obwohl von der Logik her der Iran schlecht beraten wäre, Israel angreifen zu wollen. Israel ist militärisch allen Ländern der Region weit überlegen. Sogar im Falle eines überraschenden atomaren Angriffs auf Israel, der dessen Rückschlagfähigkeit beeinträchtigen oder ausschalten könnte, wäre Israel kein lohnendes Ziel, da es die Unterstützung der USA hat und in einem solchen Fall die USA reagieren würden. Ein atomarer Angriff des Iran auf Israel wäre also wohl ein weitgehender Selbstmord. Solange man im Iran die Herrschaft rational agierender Politik annehmen kann, ist ein solches Ziel wohl auszuschließen.

Freilich muss man immer mit bedenken, dass in Krisen- und Konfliktsituationen die Möglichkeit der Eskalation besteht, d.h., dass in spezifischen Situationen irrationale Momente bestimmend werden können und Entwicklungen einsetzen, die von rationaler Politik nicht mehr beherrschbar sind. Damit soll gesagt werden, dass die Möglichkeit eines Atomkrieges zwar nicht sehr wahrscheinlich ist, aber auch nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann.

Für Israel wiederum ist eine Ausschaltung des im Entstehen begriffenen iranischen Atomwaffenpotenzials bzw. eine Verhinderung des Aufbaus eines solchen – mit militärischen Mitteln – eine verständliche Option. Also eine konventionelle militärische Konfrontation, wodurch ein späterer Einsatz von Atomwaffen verhindert würde.

Schließlich bleibt noch die Frage offen, was der Westen tatsächlich unternehmen wird und kann, um die iranischen Atomwaffen letztlich doch zu verhindern – oder ob er es geschehen lässt.

Ungewiss sind auch die Reaktionen der Nachbarn des Iran auf die Atombombe. Wird Saudi-Arabien dann wirklich auch die Atombombe bauen? Wie wird sich die Türkei als sich als solche verstehende Regionalmacht reagieren. Könnte etwa die iranische Atombombe das endgültige Aus für die Nonproliferation darstellen, gleichsam einem Dammbrech bewirken, und eine Reihe weiterer Länder nach dem Besitz von Atomwaffen streben?

Auf der Strecke bliebe dann wohl auch die Logik der atomaren Abschreckung – so ferne sie nicht ohnedies schon überholt ist. Sie bestand ja in der Nichtführbarkeit des Atomkrieges, weil dieser nicht gewonnen werden kann. Die USA und die Sowjetunion hatten (und haben) ein so großes Atomwaffenarsenal bzw. Einsatzmöglichkeiten, dass sie auch nach einem Erstschatz der anderen Seite zurückschlagen könnten und - ihre eigene Zerstörung sehend - noch den Gegner zerstören könnten. Also ist der Atomkrieg sinnlos, weil der Angreifer auch selbst zerstört wird. Logisch handelnde und realitätsbezogene Großmächte würden den Atomkrieg durch die gegenseitige Abschreckung also nicht führen. Soweit jedenfalls die Theorie.

Bei kleineren Staaten bzw. bei Mächten zweiter oder dritter Klasse muss diese Logik nicht immer gegeben sein. Sie verfügen nur über ein kleines Atomwaffenarsenal und haben nicht zwangsläufig einen Gegner, der zweitschlagsfähig ist. Ohne das unterstellen zu wollen: Indien könnte z.B. meinen, dass es imstande wäre, Pakistans Atomwaffen auszuschalten oder zumindest einen Gegenschlag Pakistans für nicht tödlich zu erachten. Ähnlich könnte Israel gegenüber dem Iran denken. Nordkorea könnte – so ferne es die Bombe wirklich schon hat – aus irrationalen Überlegungen einen Angriff auf Südkorea oder Japan erwägen, also auf Länder, die keine Atomwaffen haben. Schließlich ist atomare Erpressung zur Durchsetzung von Zielen denkbar, also z.B. Zielsetzungen am Persischen Golf, um Staaten von einem pro-amerikanischen Kurs (bzw. von Stützpunktabkommen) abzuhalten.

Jedenfalls bringt der Besitz von Atomwaffen einen enormen Zuwachs an militärischer Stärke und damit Machtverschiebungen gegenüber der bisherigen Situation.

Für den konfliktbeladenen Nahen und Mittleren Osten (siehe die Darstellung von Gudrun Harrer) ist der Zuwachs eines Atomwaffenstaates daher eine geradezu grauenvolle Vorstellung und bringt neue Gefahren mit sich. Ein neuer Nahostkrieg, der auch eine atomare Komponente haben könnte, hätte auch enorme Auswirkungen auf Europa.

Von der neuen Entwicklung in der arabischen Welt dürfen wir uns im Hinblick auf die dargelegte Problematik nicht viel Gutes erwarten. Wir müssen vielmehr davon ausgehen, dass die „bürgerlichen“ Revolutionen in der arabischen Welt keine maßgeblichen Veränderungen den strategischen Verhältnissen bringen wird. Außer vielleicht, dass z.B. ein demokratischeres Ägypten eine feindlichere Haltung gegenüber Israel einnehmen wird. Was sich in strategischer Hinsicht ändern kann bzw. wohl wird, ist eine Verschärfung des arabisch-israelischen Gegensatzes. Also eine Zuspitzung der gesamten Konfliktsituation in Nahost.

Wir (d. h. Europa) stehen der Situation in Nordafrika und der restlichen arabischen Welt ziemlich hilflos gegenüber. Was hilft es schon, wenn Journalisten feststellen, dass das wirkliche Umsturzpotenzial nicht im Islamismus stecke, sondern im Zorn einer zukunftslosen Jugend als Folge der sozialen Blindheit der korrupten Regime. Davon profitiert Al Kaida als Trittbrettfahrer der Unzufriedenheit. Zugleich ist sicher auch der Wille nach mehr Freiheit und Selbstbestimmung vorhanden. Aber ob den Revolten auch eine echte Demokratisierung folgt, ist ungewiss. Und wenn doch, so bedeutet das noch keineswegs Versöhnungs- oder Kompromissbereitschaft zu äußeren Feinden, speziell gegenüber Israel.

Und dabei wirft man dem Westen vor, dass die Langzeitregime von Marokko bis Pakistan Liebkinder des Westens seien bzw. waren und dass der Westen – und insbesondere die USA – den Fall der sozialen Sprengkraft dort unterschätzen. Mag sein. Aber was soll der Westen denn tun? Soll er sich aktiv einmischen, versuchen den Regimen der islamischen Welt Reformen aufzuzwingen bzw. gar auf Regimewechsel hinarbeiten. Das hat ja George W. Bush mit dem zweiten Irakkrieg angestrebt – und auch erreicht. Aber um welchen Preis! Nach westlichen Interventionen würden

dieselben, die jetzt dessen Einschreiten wollen, empört aufschreien und darauf hinweisen, dass wir (= der Westen) uns nicht in fremde Angelegenheiten einmischen sollen.

Der Westen ist sicher nicht schuld an den autoritären bis diktatorischen Zuständen der islamischen Welt. Er kann die Entwicklung zum Fanatismus dort auch nicht verhindern. Wir müssen uns vielmehr darauf einstellen. Und für die Nahost-Probleme wird die Entwicklung die Probleme eher verschärfen als mindern.

Eine nuklearwaffenfreie Zone Naher- und Mittlerer Osten (siehe dazu Heinz Gärtners Aufsatz) wäre also nicht nur eine gute Sache. Sie wäre von entscheidender Bedeutung für eine gedeihliche Weiterentwicklung. Sie rechtzeitig zu errichten hieße, sie vor der Herstellung iranischer Atomwaffen zu installieren. Sie überhaupt errichten zu können würde den Verzicht Israels auf Atomwaffen bedingen.

Ist das realistisch? Auf den ersten Blick nein! Warum sollte Israel auf seine Atomwaffen verzichten. Sie geben diesem in einer schwierigen geostrategischen Lage befindlichen Staat jenen militärischen Rückhalt, der im Falle unglücklicher Entwicklungen das Überleben bewirken kann.

Und warum sollte der Iran auf die Entwicklung der Atomwaffen verzichten? Welche Maßnahmen kann oder will der Westen schon ergreifen? Die USA – so scheint es zumindest – sind nicht mehr zu militärischen Interventionen bereit und von den Europäern fürchtet sich ohnedies niemand.

Die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone erscheint also mehr als eine Illusion, denn als Realität. Es sei denn, ein Friedensschluss Israel-Palästina kann herbeigeführt werden. Dieser Friedensvertrag müsste eine so umfassende Garantie der Sicherheit und Existenz Israels enthalten, dass Israel auf seine Atomwaffen zu verzichten bereit ist. Darauf wäre also hinzuwirken. Die Lösung des Israel-Palästina-Konflikts ist ja auch die zentrale Problematik in Nahost, ohne deren Lösung ein dauerhafter Frieden dort unrealistisch erscheint.

Europa muss sich fragen, was es zu einer solchen Friedenslösung beitragen kann! Dazu muss die Nahostproblematik erst einmal mit hoher Priorität auf die Agenda der europäischen Länder kommen und ein Denkprozess eingeleitet werden. Auch in Österreich.

Nuklearwaffenfreie Zonen und Österreich

Was sind nuklearwaffenfreie Zonen?

Nuklearwaffenfreie Zonen (NWFZn) sind ein Übereinkommen von einer Gruppe von Staaten, die freiwillig mittels eines Vertrages oder einer Konvention ein bestimmtes Gebiet festlegen, in dem es verboten ist, Nuklearwaffen einzusetzen, zu entwickeln oder zu stationieren. Damit verbunden sind Verifikationsmechanismen, mit denen die verpflichtende Umsetzung einer solchen Zone kontrolliert werden sollen. Derartige Zonen müssen von der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt sein. Kleinere selbsterklärte nuklearwaffenfreie Regionen, wie Österreich mit seinem Atomwaffensperrgesetz von 1999, fallen nicht unter diese Definition. In einigen Regionen der Welt wie Lateinamerika, Afrika, Pazifik, Südostasien und Zentralasien, gibt es mit den Verträgen von Tlatelolco, Pelindaba, Rarotonga, Bangkok und Semei, bereits solchen Zonen, in denen die zusammengeschlossenen Staaten Nuklearwaffen und dazugehöriges Material weder besitzen noch produzieren. NWFZn sind ähnlich einer Welt ohne Nuklearwaffen, wie sie US Präsident Obama formuliert hat. Der größte Unterschied ist aber, dass gleichzeitig mit der Existenz von NWFZ weiterhin Nuklearwaffenstaaten bestehen.

Der Atomwaffensperrvertrag (NPT) beinhaltet viele Maßnahmen, die für das Ziel sowohl einer NWFZ wie auch einer nuklearwaffenfreien Welt wichtig sind. Er verbietet die Weitergabe sowie den Erwerb von Nuklearwaffen und deren dazugehörigen Materialien. Er erlaubt die Nutzung ziviler Nukleartechnologie, sieht aber auch strenge Inspektions- und Verifikationsmaßnahmen vor, damit diese nicht militärisch genutzt wird. Der Vertrag verlangt von den Nuklearwaffenstaaten, ernsthafte Schritte zur Abrüstung zu unternehmen (Art. VI). Nicht-Nuklearwaffenstaaten und bündnisfreie Staaten (NAM) haben an dem Vertrag kritisiert, dass er eine Zweiteilung zwischen solchen Staaten, die Nuklearwaffen besitzen dürfen und „Habe-Nichtsen“ schafft. Sie werfen den Nuklearwaffenstaaten vor, die Abrüstungsbemühungen nicht ernst zu nehmen. Daher fordern viele eine Konvention zur völligen Abschaffung von Nuklearwaffen ähnlich der über biologische oder chemische Waffen. Diese kann allerdings

keine Alternative zum NPT sein, sondern seine Umsetzung ist Voraussetzung für eine Konvention.

Der Weg zu einer NWFZ – sowie langfristig zu einer Konvention – würde durch weitere Rüstungskontrollabkommen erleichtert. Ein umfassender nuklearer Teststopp (CTBT) verleiht NWFZn zu mehr Glaubwürdigkeit und wäre natürlich unerlässlich für eine Konvention. Ein CTBT würde garantieren, dass kein Staat in irgendeiner Region einen Test durchführt, der zur Entwicklung einer Nuklearbombe führen kann. Steht ein Verbot nuklearer Tests am Ende der Entwicklung einer Bombe, so steht das Verbot von spaltbarem Material am Beginn des Prozesses, das Teil einer nuklearfreien Zone sein muss. Der NPT verbietet den Mitgliedstaaten allerdings nicht, Uran zu medizinischen Zwecken oder zur Energiegewinnung anzureichern. Das kann bei bestimmten Staaten in potentiellen nuklearwaffenfreien Regionen, wie etwa beim Iran, Misstrauen erwecken. Eine Brennstoffbank kann eine vertrauensbildende Maßnahme sein, wenn sich die Mitglieder der nuklearwaffenfreien Region verpflichten, nicht selbst Uran anzureichern, sondern sich schon angereichertes Uran bei einer derartigen Bank zu beschaffen.

Alle diese Rüstungskontrollelemente sind natürlich für das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt oder auch für die Erreichung einer Konvention unerlässliche Schritte. Sie spielen aber auch bei der Errichtung von nuklearwaffenfreien Zonen eine wichtige Rolle. Der Unterschied zwischen einer Konvention und einer nuklearwaffenfreien Zone besteht natürlich darin, dass eine Konvention Nuklearwaffenbesitz weltweit verbietet, und dass bei einer nuklearwaffenfreien Zone Nuklearwaffenstaaten außerhalb der Region weiter bestehen. Erweiterte Abschreckung oder negative Sicherheitsgarantien?

Um die Zahl der Nuklearwaffenstaaten gering zu halten, sieht ein Konzept vor, dass die USA ihre nukleare Abschreckung auf alle befreundeten Staaten ausdehnen, damit diese sich nicht selbst mit Nuklearwaffen bewaffnen. Das verhindert jedoch die Bewaffnung von

anderen Staaten in einer Region nicht. Im Gegenteil, die schützende Nuklearmacht könnte in einen Konflikt der Region hineingezogen werden, wenn sie nukleare Sicherheitsgarantien abgibt. Während des Kalten Krieges konnten die USA ihren nuklearen Schild relativ unkompliziert aufspannen, da es eine einzige klar definierte Bedrohung, die sowjetische Nuklearmacht, gab. Allerdings gab es auch in dieser Zeit Zweifel an der Glaubwürdigkeit der „erweiterten Abschreckung.“ Würden die USA wirklich einen nuklearen Angriff der Sowjetunion auf New York, Washington oder Chicago riskieren, um Europa zu verteidigen? Insbesondere Frankreich begründet seine eigene atomare Aufrüstung mit diesem Glaubwürdigkeitsdefizit. Der Mittlere Osten ist mit seinen vielfältigen Rivalitäten und Beziehungen für eine wirksame erweiterte Abschreckung ungeeignet. Über wen soll der Schirm aufgespannt werden? Nur über Israel? Das würde die befreundeten arabischen Staaten erst Recht dazu veranlassen, sich selbst Nuklearwaffen anzuschaffen! Was bedeutet eine solche Garantie, wenn es zu einem Konflikt zwischen den arabischen Staaten und Israel kommen würde? Langfristig bestünde sogar die Gefahr, dass etwa der Iran die USA selbst mit einem Vergeltungsschlag bedrohen könnte.¹

Das umgekehrte Konzept, die negativen Sicherheitsgarantien, sieht vor, dass sich die Nuklearmächte verpflichten, gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten keine Nuklearwaffen einzusetzen. Das trifft natürlich auch auf einen regionalen Verbund von derartigen Staaten zu. Tatsächlich nahm 1975 die Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Definition von NWFZ² an, in der alle Nuklearwaffenstaaten aufgefordert werden, rechtlich verbindlich die Abwesenheit von Nuklearwaffen in einer bestimmten Zone in seiner Gesamtheit zu respektieren, von einer Verletzung eines derartigen Vertrages oder einer Konvention Abstand zu nehmen und Nuklearwaffen gegen

Staaten in dieser Zone weder einzusetzen noch mit ihnen zu drohen.

In der Nuklearstrategie (Nuclear Posture Review – NPR)³ vom April 2010 versichert US-Präsident Obama, dass die USA keine Nuklearwaffen gegen Nichtnuklearwaffenstaaten einsetzen werden. Die NPR kennt aber eine Einschränkung: Die Nicht-Nuklearwaffenstaaten müssen Mitglieder des NPT sein und außerdem ihre Verpflichtungen gegenüber diesem Regime einhalten. Vor Obamas NPR behielten sich die US Regierungen vor, Nuklearwaffen auch gegen Anwender biologischer oder chemischer Waffen einzusetzen. Die früheren Versionen der negativen Sicherheitsgarantien seit 1978 formulierten viele Bedingungen, womit die Sinnhaftigkeit der negativen Sicherheitsgarantien insgesamt in Frage gestellt wurde. Sie würden nicht gelten „im Fall einer Invasion oder irgend eines Angriffes auf die Vereinigten Staaten, ihre Gebiete, ihre oder andere Streitkräfte, ihre Verbündeten, oder auf einen Staat, gegenüber dem sie eine Sicherheitsverpflichtung haben.“ Negative Sicherheitsgarantien gelten außerdem nicht für Nicht-Nuklearwaffenstaaten, die mit Nuklearwaffenstaaten assoziiert oder verbündet sind. Mit dieser „strategischen Zweideutigkeit“ wollen die USA gegen diese Staaten den Einsatz von Nuklearwaffen offen lassen.

Während der Überprüfungskonferenz des NPT 1995 bestätigten die fünf Nuklearmächte die existierenden negativen Sicherheitsgarantien, wie sie von einer Resolution des UN-Sicherheitsrates 984 anerkannt worden waren. Vor allem die NAM Staaten forderten immer wieder rechtlich bindende negative Sicherheitsgarantien. Rechtlich bindend sind sie aber bereits in den Protokollen der bestehenden NWFZ.⁴ Darin verpflichten sich die Nuklearwaffenstaaten keine Nuklearwaffen gegen Staaten, die Partei in der NWFZ sind, einzusetzen oder mit ihnen zu drohen.

Nichtersteinsatz von Nuklearwaffen

Der nächste Schritt in Richtung einer Verringerung der Bedeutung von Nuklearwaffen wäre das Prinzip des Nichtersteinsatzes von Nuklearwaffen („non-first-use“ - NFU). Der Unterschied zu NWFZn ist, dass der Nichtersteinsatz auf alle Staaten erweitert wird und Nuklearwaffen auf reine Abschreckung beschränkt werden. Die NPR der USA von 2010 verzichtet zwar nicht gänzlich auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen, sieht ihren Einsatz aber nur „unter extremen Umständen,

um lebenswichtige Interessen der USA und ihrer Verbündeten und Partner zu verteidigen“ – also als allerletztes Mittel – vor. Gegen Staaten, die nicht durch negative Sicherheitsgarantien erfasst sind, bleibt „ein eng begrenzter Bereich von Einsatzmöglichkeiten“ von Nuklearwaffen. Ein Angriff mit chemischen oder biologischen Waffen soll primär mit konventionellen Waffen vergolten werden, es sei denn, es gibt in der Zukunft neue technische Entwicklungen in diesen

Bereichen. Abschreckung ist somit die „fundamentale Rolle“ der Nuklearwaffen. Obwohl anzustreben, konnte sich die NPR nicht zur Formulierung durchringen, dass Abschreckung „der einzige Zweck“ der Nuklearwaffen sei.

Ein Nichtersteinsatzprinzip würde das Prinzip der negativen Sicherheitsgarantien und damit auch das der NWFZ stärken. Negative Sicherheitsgarantien würden gewissermaßen auf alle Staaten ausgedehnt, wenn diese selbst keine Nuklearwaffen einsetzen. Ein Ersteinsatz von Nuklearwaffen ist militärisch fast bedeutungslos, ja in vieler Hinsicht kontraproduktiv, geworden. Es ist auch sehr wenig glaubwürdig, dass Nuklearmächte einen Einsatz von chemischen oder biologischen Waffen mit Nuklearwaffen vergelten oder vergelten müssen. Die Drohung mit konventioneller Vergeltung ist erstens beim technologischen Standard ausreichend und zweitens glaubwürdiger. Die Zerstörungskraft einer Nuklearwaffe ist so gewaltig und nicht kontrollierbar, dass ihr Einsatz als Reaktion auf nichtnukleare Waffen weder kontrollierbar noch glaubwürdig ist. Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen würde zudem demonstrieren, dass die nukleare Abschreckung nicht funktioniert hat. Ja selbst die Ersteinsatzdrohung unterminiert die Glaubwürdigkeit von Abschreckung, wohingegen der Verzicht auf einen nuklearen Ersteinsatz

Vertrauen in eine funktionierende Abschreckung erhöht.⁵ Damit würde klargestellt, dass Nuklearwaffen nicht als Offensivwaffen betrachtet werden. Mit einer NFU würde auch dem Art. VI des NPT entsprochen, weil er durch die Verringerung der Bedeutung von Nuklearwaffen auch eine Abrüstungsmaßnahme darstellt. Eine NFU würde die Schaffung von NWFZn erleichtern, weil damit eine nukleare Präemption weltweit ausgeschlossen würde, und Staaten sich nicht Nuklearwaffen anschaffen müssen, um einer solchen zuvor zu kommen. Negative Sicherheitsgarantien in einer NWFZ würde so Nachdruck verliehen.

Nicht also die Drohung mit Nuklearwaffen im Sinne eines Ersteinsatzes oder der erweiterten Abschreckung sondern das Versprechen, sie im Sinne der negativen Sicherheitsgarantien nicht einzusetzen, sind die Grundlage für das Funktionieren von NWFZn. Diese sollen auch verhindern, dass es zu regionalen nuklearen Rüstungswettläufen kommt. Für den Mittleren Osten gibt es unzählige solcher Szenarien. Ein nuklear bewaffneter Iran würde eine Nuklearaufrüstung bei anderen Staaten der Region, wie Saudi Arabien, Ägypten oder der Türkei provozieren. Diese Staaten beklagen sich umgekehrt über die „Ungerechtigkeit“, dass Israel wohl Nuklearwaffen besitzen könne. Eine Alternative zu diesem Szenario wäre eben eine NWFZ.

Eine nuklearwaffenfreie Zone im Mittleren Osten?

Die Idee einer NWFZ im Mittleren Osten⁶ gibt es seit 1974 als eine vom Iran und Ägypten eingebrachte Resolution von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) angenommen worden war. Israel (und Burma) enthielten sich der Stimme. Seit damals befasst sich die UNGA in der einen oder anderen Form immer wieder mit einer NWFZ im Mittleren Osten. Nach der Revolution im Iran 1979 brachte Ägypten die entsprechenden Resolutionen alleine ein. 1980 hatte Israel eine eigene Resolution formuliert, die direkte Verhandlungen der Staaten der Region miteinander forderte, zog sie aber wieder zurück, nachdem sie nicht genügend Unterstützung fand. Die Resolution des UN Sicherheitsrates (UNSC) 687 über die Beendigung des Golfkrieges von 1991 griff die Idee einer NWFZ im Mittleren Osten in Verbindung mit einer Massenvernichtungswaffenfreien Zone (MVWFZ) wieder auf. Die Überprüfungskonferenzen des NPT 1995⁷ und 2000 forderten, mit Verhandlungen zu einer derartigen Zone zu beginnen. Die Über-

prüfungskonferenz 2010⁸ bestätigte die Universalität des NPT und forderte außerdem Israels Beitritt. Sie anerkannte die Existenz von NWFZn im Allgemeinen und forderte die Errichtung einer NWFZ und MVWFZ im Mittleren Osten im Besonderen. Dazu werden die Nuklearwaffenstaaten aufgefordert, negative Sicherheitsgarantien in den Verträgen und ihren Protokollen zu implementieren.

The Conference reaffirms the conviction that the establishment of the internationally recognized nuclear-weapon-free zones ... The Conference underscores the importance of the establishment of nuclear-weapon-free zones where they do not exist, especially in the Middle East. ... The Conference calls on the nuclear-weapon States to bring into effect the security assurances provided by nuclear-weapon-free-zone treaties and their protocols. ... The Conference recalls the reaffirmation by the 2000 Review Conference of the importance of Israel's accession to the Treaty and the placement of all its nuclear facilities under comprehensive IAEA safeguards. The

Conference reaffirms the urgency and importance of achieving universality of the Treaty.

Die Überprüfungskonferenz schlägt vor, 2012 eine Konferenz zu diesem Thema zu organisieren, die sich mit den Modalitäten einer NWFZ und MVWFZ im Mittleren Osten beschäftigt. In dieser Konferenz sollen Schritte überlegt werden, wie die Resolutionen der Überprüfungskonferenzen 1995 und 2000 umgesetzt werden können.

Die Allgemeine Konferenz der IAEA im September 2010 nahm eine Resolution an, die Initiativen zur Bildung einer MVWFZ, einschließlich einer NWFZ, als vertrauensbildende Maßnahme begrüßte.⁹ Eine zweite Resolution, die die Schaffung einer NWFZ einseitig mit „der Befürchtung über Israels nukleare Fähigkeiten“ verknüpfte und den

unmittelbaren Beitritt Israels zum NPT und die Überprüfung aller seiner nuklearen Anlagen forderte, wurde – im Unterschied zum Jahr davor – abgelehnt. Der US Botschafter der USA Glyn Davies begrüßte diese Ablehnung, indem er den Friedensprozess im Nahen Osten zum Sieger erklärte: „*The winner here is the peace-process, the winner here is the opportunity to move forward with a zone free of weapons of mass destruction in the Middle East.*“ Bei der Sicherheitskonferenz in München im Februar 2011 sah UN-Generalsekretär Ban Ki-moon¹⁰ im neuen START Vertrag über die Reduktion der strategischen Nuklearsprengköpfe eine günstige Basis für weitere Abrüstungsmaßnahmen für die kommenden Jahre, einschließlich der für 2012 vorgesehenen Konferenz über die Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone im Mittleren Osten und des Nukleargipfels 2012 in Seoul.

Nichtersteinsatz von Massenvernichtungswaffen (MVW)

Würde im Mittleren Osten eine Zone sowohl ohne Nuklearwaffen als auch ohne andere MVW entstehen, würde jeglicher Grund für den Ersteinsatz von allen WMD gegen alle WMD wegfallen.¹¹ Die NPR der USA konnte sich nicht gänzlich zu einer Nichtersteinsatzstrategie durchringen. Im Falle der negativen Sicherheitsgarantien gegenüber Nichtnuklearstaaten gibt es die Ausnahmen für Staaten, die nicht Partei des NPT sind oder sich nicht an die Regeln dieses Regime halten. Im Falle des Nichtersteinsatzes von Nuklearwaffen gegen alle Staaten schließen die USA diesen unter extremen Bedingungen nicht ganz aus, sollte es in Zukunft neue Entwicklungen bei biologischen oder chemischen

Waffen geben. Gibt es MVW in einer Region nicht mehr, fällt auch die Notwendigkeit, mit einem potentiellen nuklearen Ersteinsatz zu drohen, weg.

Ohne Frage würde die Verpflichtung von Nuklearwaffenstaaten zu einem Nichtersteinsatz von MVW eine Debatte über den Nuklearschirm der USA im Mittleren Osten auslösen, ist hier doch ein logischer Widerspruch eingebaut. Der Nuklearschirm bedeutet ein Versprechen, Nuklearwaffen zur Verteidigung von Verbündeten einzusetzen. Der Verzicht auf einen Ersteinsatz, bedeutet aber die Verpflichtung, diese Waffen nicht einzusetzen.

Demokratisierung und NWFZ

Ein Argument lautet, dass eine Voraussetzung für die Schaffung einer NWFZ im Mittleren Osten die Demokratisierung der Region wäre. Der Vertrag von Tlateloco sei auch erst von allen Staaten ratifiziert worden und in Kraft getreten, nachdem alle Staaten der Region Demokratien geworden waren. Abgesehen davon, dass der Vertrag noch von Diktaturen unterzeichnet worden war, gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen NWFZn und Demokratien. Diese Aussage beruht auf der These des demokratischen Friedens, wonach Demokratien gegeneinander mit wenigen Ausnahmen keine Kriege führen. Natürlich sind die Konsultationen zwischen Demokratien leichter zu führen als mit Nicht-Demokratien. Israel, das sich gerne als einzige Demokratie im Mittleren Osten bezeichnet, würde es wohl

leichter fallen, die von ihm geforderten direkten Verhandlungen in der Region über eine NWFZ mit demokratischen Staaten aufzunehmen. Gerade die Umbrüche im Mittleren Osten und Nordafrika zu Beginn des Jahres 2011 rücken die Frage der Demokratisierung in den Mittelpunkt. Andererseits darf das Nonproliferationsregime formal nicht an den nationalen Regimetyp gebunden sein. Es gilt für alle Mitglieder die „souveräne Gleichheit“.¹² Es würde sonst eine endlose Debatte über Definitionen von Demokratien entstehen. Gerade im Mittleren Osten stellt sich die Frage immer wieder, wenn etwa die Hisbollah im Libanon oder die Hamas in Palästina an der Regierung sind. Global gesehen würde eine derartige Verknüpfung zwischen Demokratie und Nonproliferationsregime gewaltige Unstimmigkeiten auslösen. Es würde

nicht nur die Legitimität von Staaten wie Venezuela in Frage gestellt werden, sondern etwa auch die Russlands. Demokratisierung im

Mittleren Osten ist sicherlich wünschenswert, kann aber keine Bedingung für eine nuklearwaffenfreie Zone sein.

Schlussfolgerung: Vorteile einer nuklearwaffenfreien Zone im Mittleren Osten

Die Hindernisse für die Errichtung einer derartigen NWFZ sind zahlreich. Israel, das die Welt im Ungewissen lassen will, ob es Nuklearwaffen besitzt, verhält sich vorerst ablehnend bzw. macht Fortschritte von direkten Verhandlungen in der Region abhängig. Der Iran, von dem sich Israel am meisten bedroht fühlt, gibt an, Nuklearwaffen nicht anstreben zu wollen. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hält das für nicht glaubhaft und hat Sanktionen gegen den Iran verhängt. Ist eine nuklearwaffenfreie Zone im Mittleren Osten von vorne herein zum Scheitern verurteilt? Bevor voreilige Schlussfolgerungen gezogen werden, sollten folgende Überlegungen in Betracht gezogen werden.

Eine derartige Zone böte für alle beteiligten Staaten erkennbare Vorteile. Nicht nur für Israel, sondern auch für Saudi Arabien, Syrien, die Türkei und den Irak wäre ein nuklear bewaffneter Iran eine Gefahr. Nicht nur der Iran, sondern auch Ägypten könnten damit drohen, den NPT zu verlassen, wenn Israels potentielle Nuklearwaffen nicht angesprochen werden. Ähnlich wie der Iran hatte Ägypten bereits in der Vergangenheit, heimlich mit gefährlichem Nuklearmaterial experimentiert, wie die IAEA 2005 feststellte. Einige weitere Staaten würden glauben, selbst eine Bombe besitzen zu müssen, was für Israel eine

keineswegs angenehme Entwicklung wäre. Der Iran wird bemerken, dass er eine Nuklearwaffe niemals einsetzen kann, will er nicht mit einem Gegenschlag der Nuklearmächte selbst vernichtet werden. Würde er sie gegen Israel einsetzen, würde er auch die Palästinenser und Libanesen (und nicht nur diese) auslöschen. Die Aussicht, dass Israel als Nichtnuklearmacht dem NPT beitrifft, wie dies das auch das Dokument der Überprüfungskonferenz fordert, würde dem Iran und auch anderen potentiellen Nuklearwaffenmächten der Region die Legitimation für den Besitz einer Bombe entziehen. Nuklearwaffenfreie Zonen sind mit negativen Sicherheitsgarantien verbunden, was bedeutet, dass Nuklearmächte, wie die USA, sich rechtlich verpflichten, diese Regionen nicht mit Nuklearwaffen zu bedrohen oder anzugreifen. Damit würde eine weitere Rechtfertigung für Staaten in dieser Region, Nuklearwaffen zu entwickeln, wegfallen. Natürlich müsste mit einer solchen Zone auch eine Urananreicherungs- und Plutoniumaufbereitungsbeschränkung verbunden sein. Genau so müssten biologische und chemische Waffen berücksichtigt werden, über die einige arabische Staaten des Mittleren Ostens¹³ verfügen. Die in Wien ansässige Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) würde die Aufgabe übernehmen, die Nuklearanlagen zu verifizieren.

Eine Rolle für Österreich?

Was hat Österreich damit zu tun? Die Umsetzung dieses Ziels ist ein langwieriger Prozess. Sie erfordert einen informellen und später formellen Dialog mit vielen Einzelschritten. Diese können an sich vertrauensbildende Maßnahmen sein und sich auch positiv auf den Nahostkonflikt auswirken. Es kann nicht bei einer einzigen Konferenz bleiben, sondern es muss Vorbereitungstreffen und einen Nachfolgemechanismus geben. Damit kann vermieden werden, dass der Prozess von einem endgültigen Nahostfrieden abhängig gemacht wird. Er ist Teil davon. Es wird sich die Erkenntnis durchsetzen, dass alle beteiligten Akteure in einer Region ohne Massenvernichtungswaffen eine Art Sicherheitsgemeinschaft bilden können. Sie darf sich aber nicht einseitig gegen Israel richten. Deshalb kann die Forderung, dass Israel dem NPT

beitritt, nicht am Anfang sondern erst am Ende des Prozesses stehen. Ansonsten wird schon die Konferenz 2012 an der Nichtteilnahme Israels scheitern. Sollte es in der Region zwei oder mehr Nuklearmächte geben, wäre eine solche Sicherheitsgemeinschaft ohne Massenvernichtungswaffen ungleich schwieriger zu erreichen. Man denke an Südasien mit Indien und Pakistan.

Österreich hat beste Voraussetzungen, bei diesem Prozess eine Initiativrolle zu übernehmen. Für diese wäre ein neutraler Boden außerhalb der Region von großem Vorteil. Österreich hat einen solchen Mechanismus mit dem 15 Jahre dauernden KSZE Prozess bereits einmal maßgeblich mit gestaltet. Dieser hat entscheidend und erfolgreich zur langsamen Aufweichung des Kommunismus beigetragen.

Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die Teil des Prozesses waren, wurden erst nach zehnjährigen Verhandlungen im Wiener Dokument von 1999 festgeschrieben. Österreich hat im Mittleren Osten einen guten Ruf, der zum großen Teil noch auf Bruno Kreiskys Engagement in dieser Region zurück

geht. Österreich hat in Abrüstungsfragen oft eine Vorreiterrolle (wie bei Landminen und Streubomben) gespielt oder war Gastgeber wie beim Wiener Dokument. Österreich sollte die Chance nutzen und eine solche Initiative ergreifen, wie etwa die Konferenz von 2012 auszurichten.

Abkürzungsverzeichnis:

CTBT	Kernwaffen-Teststopp-Vertrag (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty)
IAEA	Internationale Atomenergiebehörde
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MVW (WMD)	Massenvernichtungswaffen (Weapon of Mass Destruction)
MVWFZ	Massenvernichtungswaffenfreien Zone
NAM	Non Aligned Movement, Blockfreienbewegung
NFU	Nichtersteinsatz von Nuklearwaffen (Non-First-Use)
NPR	Nuklearstrategie (Nuclear Posture Review)
NPT	Atomwaffensperrvertrag
NWFZ	Nuklearwaffenfreie Zone
UNGA	Generalversammlung der Vereinten Nationen
UNSC	UN Sicherheitsrat

Anmerkungen

- ¹ Eric S. Edelman/Andrew F. Krepinevich/Evan Braden Montgomery, The Dangers of Nuclear Iran, *Foreign Affairs*, January/February 2011.
- ² UNGV-Resolution 3472 (XXX) B, para. 2, 11. Dezember 1975.
- ³ Department of Defense, United States of America, Nuclear Posture Review, Report, April 2010.
- ⁴ Marco Roscini, Negative Security Assurances in the Protocols Additional to the Treaties Establishing Nuclear Weapon-Free Zones, *Heinz Gärtner (ed.), Obama and the Bomb: The Vision of a World Free of Nuclear Weapons*, (Peter Lang: New York-Frankfurt/Main-Vienna, 2011).
- ⁵ Vgl. Michael S. Gerson, No First Use: The Next Step for U.S. Nuclear Policy, *International Security*, Vol 35, No. 2 (Fall 2010), pp. 7-47.
- ⁶ Siehe dazu die Aufsätze in A Nuclear Free Zone in the Middle East: Realistic or Idealistic? *Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture*, Vol. 16, No 3&4, March 2010. Über die geographische Ausdehnung einer NWFZ im Mittleren Osten gibt es leicht von einander abweichende Vorstellungen. In diesem Aufsatz werden diese nicht behandelt, da sie für das Prinzip an sich nicht entscheidend sind.
- ⁷ In Absprache mit den Staaten der Region wurde die Resolution von der Russischen Föderation, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten eingebracht und mit Konsens angenommen. (NPT/CONF.1995/32, Part I, *Annex Resolution on the Middle East*).
- ⁸ Final Document, *2010 Review Conference of the Parties to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons*, New York, 3-28 May 2010.
- ⁹ General Conference, *Application of LAEA safeguards in the Middle East*, Resolution (GC(54)L.1) submitted by Egypt, 7 September 2010. – Die USA enthielten sich der Stimme aber nicht wegen des Inhalts, sondern weil kein Konsens vor der Abstimmung erzielt wurde.
- ¹⁰ *Statement by the Secretary-General Ban Ki-moon on the Entry into Force of the New START Treaty*, Munich and New York, 5 February 2011 und *speech at the 47th Munich Security Conference*, 5 February 2011.
- ¹¹ Vgl. auch David Friedman, Emily B. Landau, Ephraim Asculai, Tamar Malz-Ginzburg, and Yair Evron, WMD no-first-use in the Middle East: A way to move forward in 2012? *Bulletin of the Atomic Scientists*, 7 February 2011.
- ¹² International Atomic Energy Agency, *Statute*, 23 October 1956 (as amended up to 28 December 1989), Art. IV, C).
- ¹³ Laut veröffentlichten Dokumenten von Wikileaks soll insbesondere Syrien chemische Waffen auf der Basis des Nervengases Sarin und von VX. Daily Telegraph, 3. Februar, 2011.
Laut eines CIA Berichtes von 2005 soll Ägypten in der Vergangenheit mit chemischen Waffen experimentiert haben. Robert Windrem, Concerns grow over Egypt's WMD research: U.S. has been quiet about Cairo's weapons programs, but revolt changes the calculus, NBC News, 7 February, 2011. Wenn der frühere Generaldirektor der IAEO und Nobelpreisträger eine zentrale Rolle in einer künftigen ägyptischen Regierung spielen würde, wäre das sicherlich hilfreich, dazu beizutragen, dass Ägypten nicht gefährliche Hochrisikoaktionen unternimmt.

ME-NWFZ: Die Fata Morgana einer Middle East Nuclear Weapon Free Zone

Vorbemerkung zum Begriff „Middle East“

Die Fata Morgana namens Middle East Nuclear Weapon Free Zone taucht am Horizont auf, es ist nur eine Reflexion, und man kann sie nicht fassen: Wobei die Schwierigkeiten bereits beim Begriff „ME“, dem Middle East, also unserem „Nahen Osten“, beginnen: Per Definition der Atomwaffensperrvertrag-Überprüfungskonferenzen gehört Pakistan nicht zur Region – und doch hat es wenig Sinn, beim Nachdenken über eine ME-NWFZ diesen Atomwaffenstaat auszuklammern. Selbst wenn man ihn sicherheitspolitisch einer anderen Zone zurechnen will – was logisch ist, wenn man bei der Entstehungsgeschichte des pakistanischen Atomwaffenprogramms bleibt –, so kommt Pakistan doch ins Spiel, wenn man die Motivationslage Irans für sein Atomprogramm betrachtet, zu der der Wunsch nach kultureller und technologischer Hegemonie gehört. Das pakistanische Atomwaffenprogramm ist eine Beleidigung des iranischen Überlegenheitsgefühls. Aber natürlich wirkt darüber hinaus Pakistan auch in den iranischen Sicherheitsbereich hinein:

Spätestens wenn Islamabad zur Wahrung seiner eigenen Interessen in Afghanistan weiterhin jene Kräfte unterstützt – den Taliban der ersten Generation nahestehende –, die eben den iranischen Interessen zuwiderlaufen.

Aber auch wenn Israel – was es öffentlich nicht tut – über seine Motive für seine Atombewaffnung reden würde, käme Pakistan aufs Tapet: die Angst, dass aus einer ursprünglich allein im Kontext des Subkontinents stehenden Waffe doch einmal die „islamische“ werden könnte.

Also beginnt und endet die Geschichte in Pakistan? Nein, denn: Pakistan macht nichts (an Abrüstung), was Indien nicht macht, und Indien wird nie dem NPT beitreten, außer auf gleicher Augenhöhe mit den P5, also als Atomwaffenstaat. Macht Indien nichts, macht Pakistan nichts, macht Iran nichts, macht Israel nichts (oder auch: macht Israel nichts, macht Iran nichts).

Der Kontext der ME-NWFZ

Die Idee einer ME-NWFZ ist selbstverständlich nicht das Kind des Golfkriegs 1991 – der ja der eigentliche Krieg zur Entwaffnung des Irak war –, aber sie verdankt ihm zumindest den ersten wirklichen Boom in den 1990er Jahren. Erwähnt wurde sie erstmals im Dezember 1974, in Resolution 3236 der UNO-Vollversammlung. Auch damals – wie 1991 – stand der Nahen Osten nach einem Krieg mit massivem Eskalationspotenzial, dem Yom Kippur-Krieg (oder Oktoberkrieg) 1973, in dem Israel nach raschen Erfolgen der arabischen Aggressoren den Einsatz von Atomwaffen erwogen haben soll.

1991 wird die Idee einer ME-NWFZ wiedererweckt, als der UNO-Sicherheitsrat daran geht, den besiegten Irak von seinen Massenvernichtungswaffen und Raketen über einer Reichweite von mehr als 150 km zu säubern. Die ME-NWFZ ist dabei ohne Zweifel eine doppelte Botschaft: an den Irak, dessen – zuvor im Detail weitgehend unbekanntes – nukleare Ambitionen sich herauskristallisierten, die nur durch den

Golfkrieg gestoppt worden waren; und zweitens an die arabische Welt, die eben durch diese Entwaffnung des Irak eine weitere Verschiebung der Balance zugunsten Israels sah und beklagte, bei aller Antipathie gegen das irakische Regime von Herrscher Saddam Hussein.

Und so landet die ME-NWFZ in der Präambel von UNSC Res. 687 von April 1991:

Concerned by the reports in the hands of Member States that Iraq has attempted to acquire materials for a nuclear-weapons programme contrary to its obligations under the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons of 1 July 1968...

Recalling the objective of the establishment of a nuclear-weapons-free zone in the region of the Middle East.

Auch in der Madrider Konferenz Ende Oktober 1991, der ersten umfassenden Friedenskonferenz zum Nahen Osten – zu der Israel

von US-Präsident George H.W. Bush mit gar nicht so sanftem Zwang getrieben wurde –, wird der Gedanke weitergesponnen: Die Arms Control and Regional Security (ACRS) working group, die von 1992 – 1995 (bis sie an israelisch-ägyptischen Differenzen zerbrach) tagte, war eine der fünf in Madrid eingerichteten multilateralen Arbeitsgruppen.

In der Resolution der NPT Review Conference von 1995 ist im Grunde bereits alles enthalten, was auch noch heute, mehr als fünfzehn Jahre später, auf dem Tisch liegt:

The establishment of a nuclear-weapons-free zone in the Middle East;

The accession to the NPT by states in the region that have not yet done so;

The placement of all nuclear facilities in the Middle East under full-scope IAEA safeguards

1995 war das Wunder, das der zerfallende Ostblock im UNO-Sicherheitsrat bewirkt hatte, endgültig wieder vorbei: Nur durch diesen Konsens, der besonders die Jahre 1990 und 1991 auszeichnete, waren ja die UNSC Resolution 678 vom November 1990, in der sich der UNO-Sicherheitsrat auf einen Gewalteneinsatz gegen den Irak verständigte, und in der Folge der Golfkrieg 1991, überhaupt möglich. Es folgten die Balkankriege und ein Russland, das die Vor- und Hinterhöfe seiner Macht wieder zu hüten begann – und im Sicherheitsrat der erste Dissens darüber, wie man mit der Entwaffnung des Irak, deren Ende sich nicht abzeichnete, weiter verfahren sollte. Zum Streit im Sicherheitsrat kam die wachsende Empörung in der arabischen und islamischen Welt über die Folgen der Irak-Sanktionen gegen den Irak – und der Erklärungsnotstand, warum niemand sich für die Atombewaffnung Israels, das mitten in Friedensprozessen stand (Palästinenser, Syrien, Jordanien), interessierte.

Das war 1995 – und die nächsten 15 Jahre war nicht mehr viel zu hören von der NE-NWFZ. Meine These ist, dass der Kontext, in dem auf der 2010 Review Conference der ME Action Plan beschlossen wurde, zumindest dem von 1995 vergleichbar ist:

Der Irak von damals ist Iran von heute, wobei in den Diskurs noch viel mehr als beim Irak die zwei unterschiedlichen Ebenen – die der Straße und die der Regierungen – einzuziehen sind. In die Furcht vor einer iranischen (schiitischen!) Hegemonie in der Region und der Abneigung vor den arroganten Iranern mischt sich unten viel Bewunderung und auch die Haltung „Das wollen wir auch“. Arabische Regime können heute kaum ihre Stimme gegen das iranische Atomprogramm erheben, ohne nicht gleichzeitig zu betonen, dass sie auch das israelische nicht hinnehmen wollen. Deren Partner im Westen – vor allem die USA – tragen dieser Notwendigkeit Rechnung, indem sie die Öffnung eines Ventils wie den Action Plan erlauben: Schließlich brauchen sie die arabische Unterstützung gegen den Iran.

Ich hege den Verdacht, dass, falls die internationale Gemeinschaft das Iran-Problem durch eine unvorhersehbare Wendung – etwa einen regime change im Iran – in den Griff bekommen würde, die ME-NWFZ wieder sang- und klanglos von der Agenda verschwände.

Die derzeitigen Aussichten für eine diplomatische Lösung, die auch von Israel für ausreichend sicher betrachtet werden würde, halte ich gering. Denn auch für Iran geht es neben anderem um ein Sicherheitsproblem – das Regime fühlt sich auch 32 Jahre nach der Islamischen Revolution nicht anerkannt, und es wird militärisch bedroht, von Israel und von den USA, mindestens so konkret, wie Iran Israel bedroht.

Das iranische Atomprogramm

Auch wenn vielleicht die Entscheidung für eine Atombewaffnung noch nicht konkret gefallen ist, wird nichts den Iran abhalten können, nach einer nuclear capability zu streben und dabei auch alle Waffenaspekte zu bearbeiten. Wobei die Iraner Waffen dann eigentlich gar nicht mehr bräuchten. Wie der frühere israelische Chefverhandler mit Syrien, Itamar Rabinovich, kürzlich in Wien sagte: Mit einer iranischen Option auf Atomwaffen wird es keine Wiederholung von 1990/1991 – als

die internationale Gemeinschaft Saddam Hussein in die Schranken wies – mehr geben, wenn zum Beispiel Iran Bahrain besetzt. Aber auch ohne casus belli: Atomwaffen sind der einzig wirksame equalizer – der die USA zwingen würde, mit Teheran endlich auf Augenhöhe zu reden.

Aber wie schon erwähnt: Das iranische Atomprogramm ist nicht nur als ein Projekt innerhalb der iranischen Sicherheitspolitik zu

sehen, sondern als nationales, nationalistisches Projekt, auch als ein großes Technologieprojekt: Es soll, es darf keine Technologie geben, die Iran nicht meistert.

Damit hat das islamistische Regime seit seiner Machtübernahme 1979 oder zumindest seit dem Ende des Iran-Irak-Kriegs 1988 zum ersten Mal etwas in der Hand, was alle Iraner und Iranerinnen vereint – auch oder vor allem solche, die nicht einmal verstehen, worum es geht: Und das sogar in Zeiten, in denen die politischen und gesellschaftlichen Gräben in der Islamischen Republik voll aufgebrochen und das halbe Land gegen die iranische Regierung ist! Der Nationalismus, der nach der Revolution als Kitt durch den Islam ersetzt werden sollte – was nicht gelungen ist –, darf plötzlich wieder sein, sogar eine Mossadegh-Nostalgie wird vom Regime dafür in Kauf genommen.

Das führt zu Phänomenen, die so gar nicht in die westlich-mediale Vorstellung von „böser“ Regierung und „guter“ Opposition passen:

Alle Gegner von Präsident Mahmud Ahmadinejad – sowohl jene im konservativen Lager, wie Parlamentspräsident Ali Larijani, als auch der Initiator der „Grünen Bewegung“, der ehemalige Premier und Präsidentschaftskandidat Mirhossein Mussavi, kritisierten Ahmadinejad, als sein mögliches Einlenken zum so genannten Uran-Deal sichtbar wurde. Es wird auch gerne vergessen, dass unter der Präsidentschaft Mohammed Khatami (1997-2005) – der heute zur Opposition zu rechnen ist – das iranische Atomprogramm erst so richtig in Gang kam.

Der bereits durch Israel entschieden geglaubte Hegemoniestreit ist durch den Aufstieg Teherans, an dem die USA durch die Irak-Invasion mitgewirkt haben, wieder offen – wobei sich zum Schrecken Israels auch noch ein dritter Kandidat, die Türkei, anmeldet und aus der Zählung durch die NATO ausbricht und in der Region eine völlig neue Rolle spielt. Dementsprechend laut ist in den türkischen Internetforen der Ruf nach einem Atomwaffenprogramm.

Die arabische Welt

Die arabischen Staaten sind bei diesem Spiel nur Nebendarsteller, was viel Frustration erzeugt – vor allem in Ägypten, das durch die Lähmung, in das der Transitionsunwillen Hosni Mubaraks das bevölkerungsreichste arabische Land gestürzt hat, seine regionale Rolle in den vergangenen Jahren mehr und mehr eingebüßt hat. Dabei entsinnt man sich auch, dass man die nuklearen Ambitionen und Pläne – im ägyptischen Militär gab es ja starke Stimmen zugunsten eines Waffenprogramms – während und wegen des Friedensprozesses mit Israel in den 1970er Jahren begrub. Wobei es offen bleibt, ob jemand damals wirklich daran glaubte, dass im Gegenzug die Israelis ihr Atomwaffenprogramm aufgeben würden, oder ob die Ägypter es nur glauben wollten.

Heute sprießen die zivilen Atomprogramme in der arabischen Welt aus dem Boden, auch in jenen Ländern wie den Golfstaaten, die genügend Öl haben, wie ja auch Iran, was jedoch bei ihnen im Gegensatz zum Iran kein internationales Thema ist, genauso wenig wie beim Atomprogramm des Schah von Persien in den 1970er Jahren.

Zur Vorstellung eines perfekten zivilen Atomprogramms gehört sehr wohl meist ein Anreicherungsprogramm dazu. Ein Kandidat dafür etwa ist Jordanien, das die eigene

Anreicherung nach der Entdeckung eines großen Uranerz-Vorkommens zu seinen Zielen erklärt hat. Die USA stürzt das in ein ernsthaftes Dilemma: Im September 2010 betonte der US-Undersecretary für Nukleare Sicherheit Thomas D'Agostino bei der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA in Wien, dass jedes Land das Recht darauf habe, seine Uranerzvorkommen weiter zu verarbeiten, wengleich die USA gerne Alternativen zur „kostspieligen“ Anreicherung anbieten würden. Auch Israel versucht den Überblick zu behalten – laut Al-Jazeera wollte es sich am jordanischen Anreicherungsprojekt beteiligen, und als die Jordanier das ablehnten, habe Israel Frankreich und Südkorea überredet, dem Königreich keine Anreicherungstechnologie zu verkaufen. Saudi-Arabien hat zwar, wie Bahrain, 2008 mit den USA ein Memorandum of Understanding abgeschlossen, dass es keine eigene Anreicherung anstreben wird, aber das letzte Wort ist dazu wohl noch nicht gesprochen. Die Vereinigten Arabischen Emirate hatten hingegen in einem White Paper auf eine eigene Urananreicherung sowie Plutonium-Wiederaufarbeitung gesetzt.

Das winzige Bahrain ist dabei tatsächlich ein ganz sensibler Punkt: Das Königreich hat eine schiitische Mehrheit, die nach eigenem Verständnis, aber auch objektiv, von der

sunnitischen Minderheit unterdrückt wird. Die bahrainische Geschichte ist mit der iranischen eng verbunden: 1970 erreichte Bahrain durch einen UNO-Beschluss und ein Referendum seine Unabhängigkeit vom Iran, dessen 14. Provinz es seit 1958 war. Revisionistische Töne aus Teheran gibt es, jedoch, das muss man ergänzend sagen, kommen sie vorwiegend dann, wenn auf der anderen Seite des Persischen Golfs, vom Gulf Cooperation

Council (GCC) der Anspruch der Vereinigten Arabischen Emirate auf die drei umstrittenen Inseln im Golf (Große und Kleine Tunb, Abu Musa) thematisiert wird, die von der iranischen, damals kaiserlichen Armee 1971 besetzt wurden. Und was, fragen sich arabische Medien, wenn die USA den Iranern ihr Atomprogramm abkaufen, indem sie ihnen im Gegenzug Bahrain überlassen? Alles nicht ganz ernst, aber es zeigt gut die Stimmungslage ...

Das Kuriosum Syrien

Bei den ersten Hinweisen auf einen syrischen Reaktorbau in Deir ez-Zor, der im September 2007 von der israelischen Luftwaffe zerstört wurde und zu dem später Geheimdienstinformationen bekannt wurden, die auf Nordkorea verwiesen, rieb man sich die Augen: Konnte es tatsächlich sein, dass das syrische Regime gedacht hatte, dass es damit durchkommt, wenn es einen Atomreaktor in die Wüste baut? Dass es meint, dieser bleibe unentdeckt? Es macht keinen Sinn. Und doch, Syrien hilft nicht dabei, die internationale Gemeinschaft vom Gegenteil zu überzeugen – es verwehrt der IAEA die Einblicke, die sie verlangt. Wir wissen von vielen anderen Beispielen – nicht zuletzt dem Irak unter Saddam Hussein –, dass solche hermetischen Regime alles andere als logisch reagieren, weil sie auf ihre eigenen Lügen über sich und die Welt hereinzufallen pflegen.

Dennoch bleiben die konkreten Fragen, nicht gestellt, um Syrien zu entlasten, sondern um mehr über die Beweggründe zu erfahren: Wozu will Syrien so einen Reaktor? Zur Plutoniumproduktion? Plutonium für eine Atombombe? Wer soll sie produzieren, etwa Syrien selbst? Was würde Syrien – bei den Distanzen im Nahen Osten – mit so einer Waffe bezwecken wollen, wen bedrohen? Angenommen Syrien würde den ganzen Weg schaffen: ein Waffendesign kaufen, die Waffen produzieren (oder auch produzieren lassen), was würde es dann damit machen, mit dem Traktor spazieren führen? Nein, es kauft Raketen oder Raketendesign von Iran und Nordkorea, ist doch alles ganz einfach!?

Das einzige Argument, das für eine syrische Atombombe spricht, ist – bei konventionellen militärischen Kapazitäten, mit denen man unter den großen Spielern nicht mithalten kann – und da werden auch nicht chemische und biologische Waffenprogramme helfen –, der Equalizer-Effekt.

Syrien unter Hafiz al-Assad war es immer gelungen, eine viel größere Rolle in der Region zu spielen, als es den Parametern des Landes entspricht. Bashar al-Assad hat heute nicht viel mehr, was ihn zum Player macht, als die Allianz mit Iran und die Hizbollah. Auch im Inneren ist er nur der Schatten seines Vaters, er ist nicht mehr als der Vorsitzende eines oligarchischen Systems, das Syrien regiert. Ein Atomprogramm würde ihm eine ganz andere Bedeutung nach innen und nach außen verleihen.

Interessant ist die Zusammenarbeit mit Nordkorea. Falls es nicht ohnehin ein iranisch-nordkoreanischer Plot ist, warum wendet sich Syrien nicht an Teheran, das ja – ganz im Sinn von Präsident Mahmud Ahmadinejads *Thirdworldism* – allen seinen Verbündeten offen anbietet, dass es seine Technologie mit ihnen teilt.

Oder will sich Syrien Teheran doch nicht ganz ausliefern? Oder will Iran vielleicht kein illegaler Proliferator sein, wissend, dass damit das Ende der Geduld des Westens erreicht wäre? Oder gilt Irans Angebot vielleicht nicht für arabische Staaten – und Syrien ist ja ein Land, das immerhin schon mit Israel verhandelt hat (wenngleich parallel zu den Palästinensern, also nicht im vollen Alleingang wie Ägypten in den 1975ern).

Israel

Die offizielle Haltung Israels ist nicht etwa, wie oft medial dargestellt, dass es keine ME-NWFZ will – sondern dass diese erst realistisch werden kann, wenn zuvor ein umfassender Friedensprozess mit seinen Nachbarn abgeschlossen ist. Das heißt, Israel könnte sich durchaus mit einem

Prozess, der die Errichtung einer ME-NWFZ zum Ziel hat, anfreunden, wenn es etwa im Gegenzug dadurch den USA erleichtern würde, die israelischen Interessen anderswo zu schützen. Zur Geschichte des israelischen Atomprogramms ist zu sagen, dass David Ben Gurion

die Errichtung des israelischen Reaktors in Dimona in den 1950er Jahren als Symbol für den hohen technologischen Stand Israels ansah, als etwas, das ein modernes Land haben muss – was nicht so unähnlich der iranischen Motivation ist, beziehungsweise einem Aspekt der iranischen Motivation. Aber dass ein Atomwaffenprogramm von Anfang an mitgedacht wurde, das Israel ja auch in kurzer Zeit erreichte, ist wohl nicht zu bestreiten. Bereits 1967 informierte Ministerpräsidentin Golda Meir US-Präsident Richard Nixon davon, dass die US-Bemühungen, eine israelische Atomwaffenbewaffnung zu verhindern, überholt seien. Für den Historiker Avi Shlaim sind Atomwaffen sozusagen in der israelischen Staatsideologie angelegt: 1923 schrieb Zeev Jabotinsky (1880-1940) von der *iron wall*, die Israel brauche... *which they (die Araber) will be powerless to break down*. Das war vor dem Holocaust und dem Angriff der arabischen Staaten nach der Staatsgründung 1948. Das junge Israel lebte in Existenzangst, in der Sorge, seine militärische Überlegenheit zu verlieren, wobei – wegen seiner gleichzeitigen konventionellen Überlegenheit – Israel das einzige Land in der Region ist, das NW nicht als equalizer brauchte. Die *iron wall* bestand und besteht in einer großen militärischen Überlegenheit mit allen Aspekten – die jedoch, wie man im Libanon-Krieg 2006 sehen konnte, in asymmetrischen Konflikten nur beschränkt hilfreich ist.

Aus dem amerikanischen Wunsch, dass Israel keine N-Waffen besitzen solle, wurde 1967 das israelische Versprechen „*not to introduce weapons in the region*“: Die Doktrin der nuclear ambiguity Israels, gemäß der der israelische Atomwaffenbesitz weder bestätigt noch dementiert wird, war geboren. Sie hatte ihren historischen Sinn – etwa auch in einer Entlastung für Ägypten, indem sie das Thema gewissermaßen einfrore. Aber seitdem der Streit um das iranische Atomprogramm die israelische Atombewaffnung in der Region wieder auf den Tisch gebracht hat, ist diese Funktion dahin. In Israel selbst stellen sich, wenn auch sehr vereinzelt, kritische Intellektuelle die Frage, ob die Geheimhaltung eines Atomprogramms auch vor den eigenen Bürgern im Zeitalter der Transparenz und Rechenschaftspflicht des modernen Staates noch vertretbar ist. Wenn Iran seinen Weg zu einer nuclear capability weiter geht, dann könnte – manche sagen: sollte – Israel im Sinne einer Abschreckung sein eigenes Atomwaffenarsenal deklarieren. Die Frage ist, ob das wiederum mehr Druck auf andere Regierungen in der Region auslösen würde, ebenfalls auf Atomwaffen zu setzen – zum Beispiel in der Türkei. Pessimistisch könnte man sagen: Die Versuche, Israel zu überreden, dass der Verzicht auf NW in seinem eigenen Interesse ist, sind nicht nur ein unrealistisches Unterfangen, sondern es könnte schlimmer kommen: mit mehr Atomwaffenprogrammen in der Region, und damit ist nicht nur das iranische gemeint.

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe – bisher erschienen

HEFT 1 (1981)

Albert Kadan: Parteifinanzierung in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland

Erich Reiter: Vorschläge zur Neuregelung der Parteifinanzierung in Österreich
(vergriffen)

HEFT 2 (1982)

Wilhelm Brauner: Staatsausgaben
(vergriffen)

HEFT 3 (1984)

Erich Reiter: Reform des Bundesrates
(vergriffen)

HEFT 4 (1984)

Eva Steindl: Die Fremdenverkehrsgesetze der Bundesländer
(vergriffen)

HEFT 5 (1985)

Erich Reiter (Hg.): Die friedenserhaltenden Operationen im Rahmen der Vereinten Nationen. Der Beitrag der neutralen Staaten Europas
(vergriffen)

HEFT 6 (1985)

Heinz Vetschera: Die Rüstungsbeschränkung des österreichischen Staatsvertrages aus rechtlicher, politischer und militärischer Sicht
(vergriffen)

HEFT 7 (1986)

Lothar Höbelt: Die Bundespräsidentenwahlen in der Ersten und Zweiten Republik
(vergriffen)

HEFT 8 (1986)

Helmut Berger: Verfahrensökonomie zum Verfahren 1. Instanz nach AVG und BAO
(vergriffen)

HEFT 9 (1986)

Anton Pelinka: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der SPÖ
Manfried Welan: Grün-alternative Aspekte in Ideologie und Programmatik der ÖVP
Erich Reiter: Fortschritts- und Wachstumsverständnis in Ideologie und Programmatik der FPÖ
(vergriffen)

HEFT 10 (1987)

Ulrike Leopold-Wildburger: Ökonomie und Ökologie im Test der Meinungen
(vergriffen)

HEFT 11 (1987)

Heinrich Schneider: Akzeptanzprobleme der österreichischen Landesverteidigung
(vergriffen)

HEFT 12 (1988)

Ulrike Leopold-Wildburger: Österreich am Weg nach Europa. Modelle – Stichproben – Methoden. Eine arbeitsökonomische Studie zum Meinungsbild der Österreicher

HEFT 13 (2006)

DIE ZUKUNFT EUROPAS

Franco Algeri: Zustand und Entwicklungsszenarien der EU im Lichte der Krise

Peter Schmidt: Die weltpolitischen Herausforderungen für die Europäische Union und die Vereinigten Staaten von Amerika: Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Herbert Scheibner: Friedensprojekt „EUropa“ vor neuen Herausforderungen

Erich Reiter: Die Aufnahme der Türkei – eine sicherheitspolitische Überdehnung?

HEFT 14 (2006)

Waldemar Hummer: Zum weiteren Schicksal des Vertrages über eine Verfassung für Europa

HEFT 15 (2006)

STEUERPOLITIK

Ernst Gehmacher: Im Zyklus gefangen zwischen Wachstum und Krise

Erich E. Streissler: Steuerpolitik und Umverteilung

Oliver Ginhör: Steuergerechtigkeit aus Sicht der Steuerzahler

Herbert Scheibner: Überlegungen zur Steuerpolitik

HEFT 16 (2006)

KAMPF DER KULTUREN?

EUROPA UND DER ISLAM

Elsayed Elshahed: Zwischen Menschenrechten und Menschenwürde. Einige Gedanken zur Rezeptionsproblematik der Meinungsfreiheit

Hans Winkler: Toleranz ist keine Einbahnstraße

Herbert Scheibner: Ist ein „Kampf der Kulturen“ vermeidbar?

Erich Reiter: Integration und/oder Kulturkampf

KINDER UND GEWALT: OPFER UND TÄTER

Herbert Scheibner: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Katharina Beclin: Erfordert die Entwicklung der Kriminalität Unmündiger neue Antworten?

Karin Gastinger: Ein politisches Statement zum Thema Kinder und Gewalt

Gabriele Zierung: Kinder und Gewalt: Opfer und Täter

Astrid v. Friesen: Kinder und Gewalt. Opfer und Täter

HEFT 17 (2006)

BEGLEITHEFT ZUR AUSSTELUNG

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH

Manfried Welan: Unwissenheit als Grund von Freiheit und Toleranz. Drei Weisungen aus dem alten Österreich: Friedrich August von Hayek, Karl Raimund Popper, Hans Kelsen

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

Walter M. Iber, Erich Reiter: Die Soziale Marktwirtschaft als Ausdruck wirtschaftsliberalen Denkens. Programmatische Positionen der politischen Parteien seit 1945

Alfred Gerstl: Der verspätete Liberalismus im Österreich nach 1945. Politische, gesellschaftliche und „liberale“ Ursachen

Walter M. Iber: Der „Raab-Kamitz-Kurs“: Liberale Wirtschaftspolitik?

Friedhelm Frischenschlager, Erich Reiter: Teilweise überarbeitete Auszüge aus: Liberalismus in Europa

Anhang: Wirtschaftspolitische Positionen der österreichischen Parteien seit 1945: ÖVP, SPÖ, FPÖ/BZÖ und die Grünen

HEFT 18 (2006)

VOM LIBERALEN ZUM SOZIALEN STAAT

Erich Reiter: Einbegleitung: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Manfried Welan: Liberales im Verfassungsrecht des Bundes

Urs Schöttli: Vom liberalen zum sozialen Staat. Eine ostasiatische Perspektive

Andreas Unterberger: Bürgerlich: Was ist das?

Gunther Tichy: Die neue Unsicherheit

Ernst Gehmacher: Die Gesellschaftsordnung des Erfolges. Der liberale Sozialstaat

Wolfgang Neumann: Welche Zukunft für den Sozialstaat? Europäischer und internationaler Vergleich

Jörg Schütze: Mittelstandsförderung und

Fremdkapitalbedarf. Basel II und die Folgen

Werner Pleschberger: Generationenvertrag – (noch) sozial gerecht?

HEFT 19 (2006)

DER LANGSAME WEG ZU EINER

EUROPÄISCHEN SICHERHEITSPOLITIK

Lothar Rühl: Entwicklung und Möglichkeiten der ESVP

Reinhardt Rummel: Das Ende des Provinzialismus? Europäische und transatlantische Perspektiven der ESVP

Erich Reiter: Europas Sicherheitspolitik nimmt nur sehr langsam Gestalt an

Heinz Gärtner: Die Zukunft europäischer Armeen: Traditionalisten und Modernisierer. Woran orientiert sich Österreich?

Günter Hochauer: Verteidigungspolitische Erfordernisse. Konsequenzen aus dem stagnierenden Prozess einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Erich Eder: Miliz – Zukunftsträchtig für moderne Streitkräfte? Die Nationalgarde in den Vereinigten Staaten von Amerika

Helge Lerider: Die Türkei und die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union

HEFT 20 (2007)

DIE GENERATIONENFRAGE

AUS LIBERALER PERSPEKTIVE

Wolfgang Mazal: Brauchen wir einen neuen Generationenvertrag?

Urs Schoettli: Die alternde Gesellschaft. Eine zentrale Herausforderung an die liberale Politik

Werner Pleschberger: Perspektiven des Generationenvertrages. Realistische Solidaritätskultur, neue Rechtsnormen und Institutionen

Thomas Neumann: Der Nachhaltigkeitsfaktor. Ein Instrument zur Generationengerechtigkeit im österreichischen Pensionssystem

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Spurensuche nach den großen Problemen

HEFT 21 (2007)

Schwerpunkt: FÖDERALISMUS ALS GESTALTUNGSPRINZIP

Franz Fiedler: Föderalismus als Gestaltungsprinzip

Peter Bußjäger: Streiflichter zum österreichischen Föderalismus

Gerhart Wielinger: Legenden, Glaubenssätze und die österreichische Wirklichkeit. Bemerkungen eines langjährig praktizierenden Föderalisten

Günter Voith: Schein und Sein im österreichischen Föderalismus

sowie:

Martin Malek: Russlands „Energieaußenpolitik“ und der Südkaukasus. Geopolitik, *frozen conflicts* und europäische Abhängigkeiten

HEFT 22 (2007)

Schwerpunkt: GENFORSCHUNG, GENTECHNIK UND GENMEDIZIN

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt: Statt eines Vorwortes: Genforschung verliert Schrecken.

Ergebnisse einer IMAS-Umfrage im Auftrag des Internationalen Instituts für Liberale Politik Wien

Michael Stormann: Genmedizin in Europa

Clemens Leitgeb: Genmedizin in der Onkologie

Wolfgang Schallenberg: „Genmedizin“. Gentechnik in der Medizin aus wirtschaftlicher Sicht

sowie:

Iris Kempe: Die europäisch-russischen Beziehungen und die *Russlandpolitik der EU*

HEFT 23 (2007)

LIBERALE POLITIK IN ÖSTERREICH.

Ein Nachheft zur Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29.

September 2006. Liberale Politik in Österreich.

Eine Ausstellung des Internationalen Instituts für Liberale Politik vom 19. – 29. September 2006 in der Säulenhalle des Parlamentsgebäudes in Wien

Erich Reiter: Über den politischen Gebrauch des Wortes „Liberalismus“

Lothar Höbelt: Das Schicksal des politischen Liberalismus in Österreich

HEFT 24 (2008)

KLIMAWANDEL UND ATOMENERGIE

Erich Reiter: Einführung in die Thematik Klimawandel, Schadstoffhandel und Atomenergie

Helmut Stubner: CO₂-Emissionszertifikatehandel – ein liberaler Standpunkt

Volkmar Lauber: Kyoto-Protokoll, Emissionshandel und Energiewende

Stefan Pickl: Der internationale Emissionszertifikatehandel im Spannungsfeld von ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen

Dieter Drexel: Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls

Erich Gornik: Klimaschutz und Kernenergie

HEFT 25 (2008)

Schwerpunkt: ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUTRALITÄT

Erhard Busek: Neutralität Österreichs – Herz oder Museumsstück

Heinz Gärtner: Eine moderne Neutralität ist flexibel

Erich Reiter: Neutralität als österreichische Ideologie

Gottlieb F. Hoepfli: Neutralität in der Schweiz

sowie:

Peter W. Schulze: Elf Thesen *zur russischen Innen- und Außenpolitik* am Ende der zweiten Amtsperiode Putins

Günther Ofner: Die *EU als Energiemanager*

HEFT 26 (2008)

Schwerpunkt: ASIEN UND DIE AUßENPOLITIK DER EU

Urs Schoettli: Chinas Rückkehr auf die Weltbühne

Gustav C. Gressel: „Brothers in Evil“ oder „Apfel und Birne“: Übersicht über die Menschenrechtsverletzungen, Demokratie- und Rechtsstaatsdefizite in der Volksrepublik China und Burma

Franco Algieri: Die Zentralasienpolitik der Europäischen Union: Interessen und Konflikte

sowie:

Eugene Kogan: Die Beziehungen *Israels* zur *NATO*

HEFT 27 (2008)

Schwerpunkt: GEORGIENKONFLIKT

Gustav C. Gressel: Der Krieg im Kaukasus vom 07.08.2008 bis 14.08.2008

Aschot Manutscharjan: Georgien suchte Krieg mit Russland

Eugene Kogan: The Russian-Georgian Conflict: An Assessment

Peter Schmidt: Der Georgische Knoten – Mögliche Beiträge der EU zur Beilegung des Konflikts

sowie:

Gerhard Will: Permanenter Ausnahmezustand

Birmas leidvoller Weg ins 21. Jahrhundert

Gudrun Harrer: Zur Rolle von Stammesstrukturen in Konfliktlagen: Das Beispiel **Irak** und die US-amerikanische „Using the Sheikhs“-Politik

HEFT 28 (2009)

Schwerpunkt: Hat die Marktwirtschaft Zukunft?

Gerald Schöpfer: Ist die freie Marktwirtschaft zum Untergang verurteilt?

Erhard Fürst: Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise: Marktversagen? Staatsversagen?

Helmut Kern: Hat die Marktwirtschaft noch Zukunft? – Staatliche Regulierung löst die Probleme nicht

Bernhard Martin: Entwicklungschancen für Politischen Liberalismus in Österreich in Folge der weltweiten Finanzkrise. Eine makrosoziologische Diagnose

Rainer E. Schütz: Hat die Marktwirtschaft eine Zukunft?

sowie:

Walter Schragel: Schadenersatz für behindertes Kind?

Henriette Riegler: Der Staat Kosovo – wirklich ein Projekt Europäischer Sicherheit?

HEFT 29 (2009)

Ostasien – Geostrategischer Schwerpunkt der Welt

Urs Schöttli: Brennpunkte in Ostasien – Sicherheitspolitische Herausforderungen

Gudrun Wacker: Auf der Suche nach Harmonie: China als regionaler und globaler Akteur

Rudolf Logothetti: Die Rolle der USA in Ostasien – eine europäische Sicht

Eugene Kogan: The Russian-Chinese Disconnect in the Defence Industry Field

Sebastian Harnisch: The Korean Conundrum: Moderating Expectations and Containing Nuclear Extortion

Urs Schöttli: Japans Rolle in Ostasien und in der Welt

Yuan-hsiung Chen: The Security Situation of the Republic of China

Chong-pin Lin: Melting the Ice: Beijing's Emerging Taiwan Policy

Bill Keh-ming Chen: The Role and Influence of the United States in East Asia

Gustav C. Gressel: Anmerkungen zu den politischen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Taiwan

HEFT 30 (2009)

Überlegungen zu Staatsreform und Europapolitik

Heimo Hofmeister: Staat und Individuum

Christian Stadler: Österreichische Staats- und Verwaltungsreform aus liberaler Perspektive

Roland Vaubel: Nie sollst Du mich befragen?

Weshalb Referenden in bestimmten Politikbereichen – auch in der Europapolitik – möglich sein sollten.

HEFT 31 (2009)

Beiträge zur ökonomischen und gesellschaftlichen Situation

Erhard Fürst Die EU in der Finanz- und Wirtschaftskrise

Bernhard Martin Konkordat: Kulturpolitischer Klotz am Bein moderner, liberal-demokratischer Staatlichkeit?

Andreas Kirschhofer-Bozenhardt

Wahlen gewonnen, Zukunft gefährdet?

Beqir Sadikaj Causes That Have Influenced Appearance of Trafficking and Prostitution in Kosovo, Ways of Deceits of Victims and Their Submission into Slavery

sowie:

Gustav C. Gressel Bericht von der Veranstaltung: „Brauchen wir eine neue europäische Friedensordnung?“

HEFT 32 (2010)

EINE NEUE SICHERHEITSARCHITEKTUR FÜR EUROPA?

Russische und europäische Positionen

Andrei Zagorski: Der Medwedew-Vorschlag eines europäischen Sicherheitsvertrags

Vladislav Belov: Russische Positionen für eine europäische Sicherheitsentwicklung

Johann Frank: Die sicherheitspolitischen

Möglichkeiten der EU: Kann die EU der Sicherheitspartner Russlands sein?

Peter Rudolf: Amerikanische Russlandpolitik und europäische Sicherheitsordnung

Peter W. Schulze: Braucht Europa eine neue Charta? Initiativen für und Widerstände gegen eine gesamteuropäische Friedensordnung

HEFT 33 (2010)

RECHTLICHE UND SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN DER EU

Peter Becker: Die europäische Kompetenzordnung zwischen Anpassungsfähigkeit, Effizienz und Legitimität

Thorsten Hüller: Über Demokratie/Demokratisierung in der EU

Jan Oppermann: Flexibilisierung und Depolitisierung: Optionen für eine Steigerung der Effizienz europäischen Regierens

Roland Vaubel: Nie sollst Du mich befragen.

Warum Referenden auch in der Europapolitik möglich sein sollten (Wiederabdruck aus Heft 30)

HEFT 34 (2010)

BRAUCHEN WIR EINE EUROPA-ARMEE?

Erich Reiter: Die Sicherheit Europas

Günter Barnett: Verteidigungspolitische Positionierungen und Ideen zu einer Europa-Armee – Gedanken über in Österreich nicht stattfindende Diskussionen

Werner Fasslabend: Brauchen wir eine Europa-armee?

Johann Frank: Perspektiven einer Europäischen Armee nach dem Vertrag von Lissabon

Herbert Scheibner: Euroarmee – Traum und Wirklichkeit

Anhang: Die Einstellung der Österreicher zu einer Europa-Armee

HEFT 35 (2010)

LIBERALISMUS – EIN ALLERWELTSBEGRIFF ODER ANWALT DER FREIHEIT?

Lüder Deecke: Freiheit und Verantwortung

Erich W. Streissler: Liberalismus in ökonomischer Sicht

Rudolf Burger: Anmerkungen über das Wesen des Liberalismus

Andreas Unterberger: Liberales Denken statt liberaler Parteien: 17 Denkanstöße

Gregor Henckel-Donnersmarck: Liberalismus und Religion

sowie:

Michael Macek Über die Freiheit der Kunst

Schriftenreihe zur internationalen Politik

Band 1

Erich Reiter (Hg.)

Die Sezessionskonflikte in Georgien

mit Beiträgen von: Klaus Becher – Gustav C. Gressel – Egbert Jahn – Jörg Himmelreich Iris Kempe – Eugene Kogan – Aschot Manutscharjan – Jürgen Schmidt – Peter Schmidt – Peter W. Schulze – Andrei Zagorski
Böhlau ISBN 978-3-205-78325-1

Band 2

Erich Reiter (Hg.)

Der Krieg um Bergkarabach – Krisen- und Konfliktmanagement in der Kaukasusregion

mit Beiträgen von: Meliha Benli Altunisik – Aser Babajew – Uwe Halbach – Egbert Jahn – Eugene Kogan – Helge Lerider – Aschot Manutscharjan – Erich Reiter – Peter W. Schulze – Oktay F. Tannrisever – Andrei Zagorski
Böhlau ISBN 978-3-205-78404-3

Band 3

Erich Reiter (Hg.)

Konfliktmanagement in Zentralasien

mit Beiträgen von: Meliha Benli Altunisik – Aser Babajew – Uwe Halbach – Egbert Jahn – Eugene Kogan – Helge Lerider – Aschot Manutscharjan – Erich Reiter – Peter W. Schulze – Oktay F. Tannrisever – Andrei Zagorski
Böhlau ISBN 978-3-205-78565-1

Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe

Reihe Studien

Klaus Becher	Die USA als Faktor des Konfliktmanagements in Georgien	September 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und zur EU; Bewertung der Ergebnisse einer IMAS-Umfrage vom April 2007 und anderer Erhebungen	Oktober 2007
Peter W. Schulze	Energiesicherheit – ein Europäischer Traum. Russland als Energiemacht	Oktober 2007
Heinz Gärtner	Die Zukunft der Rüstungskontrolle	November 2007
Klaus Becher	Ziel und Zweck der US-Raketenabwehr und die europäische Interessenslage	Dezember 2007
Andrei Zagorski	Die Kontroverse über amerikanische Raketenabwehr in Europa: Lösungsversuche in der Sackgasse?	Dezember 2007
Egbert Jahn	Optionen für die Politik der EU gegenüber Georgien und den De-facto-Staaten Abchasien und Südossetien	Dezember 2007
Erich Reiter	Die Einstellung der Österreicher zu Kernenergie, Klimawandel und Genforschung Auswertung u. Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Jänner 2008
Erich Reiter	Bewältigung sozialer Probleme und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – Details einer Studie über „politische Denkmuster“ der Österreicher	Jänner 2008
Erich Reiter	Meinungsfreiheit – Details einer Studie über „Meinungsfreiheit in Österreich“	Februar 2008

Peter W. Schulze	Zieloptionen russischer GUS-Politik: Geopolitische Neuordnung des Sicherheits- und Kooperationsraumes oder vernachlässigte Konfliktzone?	März 2008
Oliver Ginthör Martin Haselberger Sandra Schreiblehner	Die steuerliche Entlastung des Mittelstandes zwecks besserer Vorsorgemöglichkeiten	März 2008
Stefan Pickl	Investitionsverhalten in internationalen Emissionshandelssystemen Ökologie und Ökonomie im Spannungsfeld des Kyoto-Protokolls	April 2008
Eugene Kogan	Sicherheitspolitik im Nahen Osten Israels Lehren aus dem Libanonkrieg – Russlands Rolle im Nahen Osten	Juni 2008
Urs Schöttli	China: Was hat sich seit 1976 ereignet?	August 2008
Hannes Adomeit Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russland, die EU und „Zwischeneuropa“ Drei Studien	Oktober 2008
Eugene Kogan	Military and Energy – Security Situation Around the Black Sea Area	November 2008
Gudrun Harrer	Souveränität und Nachkriegszeit: Der Irak nach dem Abschluss des Status of Forces Agreement mit den USA	Jänner 2009
Uwe Halbach Peter W. Schulze Andrei Zagorski Eugene Kogan	Machtpoker am Kaukasus Nachlese zum „Fünf-Tage-Krieg“ in Georgien im Sommer 2008 Vier Studien	Februar 2009
Peter W. Schulze Andrei Zagorski	Russische und europäische Energiepolitik im Zeichen der globalen Krise Die strategische Orientierung Russlands zu Europa?	Mai 2009
Hüseyin Bağcı	Changing Geopolitics and Turkish Foreign Policy	Juni 2009
Gerhart Wielinger	Überlegungen zum Thema Gestaltung der Verfassung im Hinblick auf die Sicherung einer rechtsstaatlichen und sparsamen Bewältigung von Staatsaufgaben	Juli 2009
Urs Schöttli	Wird der Westen auch weiterhin die Vorgaben für die künftige Gestaltung der Weltwirtschaft geben können?	August 2009
Erich Reiter	Libérale Gesinnung in Österreich – Auswertung einer IMAS-Umfrage	September 2009
Erich Reiter	Wie die Österreicher unser Wirtschaftssystem sehen – (IMAS-Umfrage)	September 2009
Eugene Kogan	Turkish-American Strategic Partnership versus Turkish-Russian Partnership without Strategy	Oktober 2009
Hannes Adomeit	Russland und Iran – Welche Ziele und Interessen verfolgt Russland? Wie verlässlich ist Russland, wenn es darum geht, Teherans Aufstieg zur Atommacht zu verhindern?	November 2009
Gustav C. Gressel Eugene Kogan	Missile Defence in Europe – Systems, Policies and Stategic Choices	März 2010
Erich Reiter	Freiheit und Religion – die Österreicher und der Islam Auswertung und Kommentierung der Ergebnisse einer Meinungsumfrage	Juni 2010
Erich Reiter	Das soziale Selbstportrait der Österreicher und wie und als was sie den Liberalismus sehen	Oktober 2010
Eugene Kogan Eugene Kogan Vahap Polat	Turkey's Place and Role in Changing NATO Is Turkey torn between the European Union and the Middle East? Die Türkei unter Erdoğan	November 2010
Erich Reiter Heinz Gärtner Gudrun Harrer	Wie realistisch ist die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone? Nuklearwaffenfreie Zonen und Österreich Die Fata Morgana einer Middle East Nuclear Weapon Free Zone?	März 2011

Das Internationale Institut für Liberale Politik Wien (IILP) wurde im Herbst 2005 gegründet und bezweckt die Förderung liberaler Politik, insbesondere in den Bereichen der Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik, internationalen Beziehungen, Europapolitik, Außen- und Sicherheitspolitik sowie hinsichtlich aktueller Fragen der österreichischen Politik.

Das IILP versteht sich als bürgerlicher und pro-europäischer Think-Tank für Österreich.

Im Rahmen seines wissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Programms lädt es zu zahlreichen Veranstaltungen. Neben anderen Publikationen gibt es die „Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe“ heraus.

www.iilp.at

IILP – ZVR Zahl 425665530



Internationales Institut
Liberale Politik Wien

Österreichische Post AG /
Sponsoring Post
Verlagspostamt 1010 Wien
GZ: 06Z037014 S

ISBN 978-3-902595-47-8



Internationales Institut für liberale Politik Wien

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTENREIHE
REIHE STUDIEN